

Eine Zukunft für das Bahnwerk

Senat und Deutsche Bahn unterschreiben gemeinsame Erklärung, die Arbeitsplätze sichern soll

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Lange sah es nicht gut aus für das Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn in Sebaldsbrück. Doch nun hat es eine Zukunft, sie soll in der Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben bestehen. Dazu hat am Montagvormittag Bahn-Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla mit den zuständigen Mitgliedern des Bremer Senats eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben. Pofalla war am Morgen mit dem Zug aus Berlin angereist. Der Betriebsratsvorsitzende des Bahnwerks, Manuel Freire Stelljes, sagte über die gemeinsame Unterzeichnung: „Die Erklärung haben wir jetzt, nun müssen wir sie mit Leben füllen.“

Das mit der Zukunft stellen sich Bahn und Senat in Sebaldsbrück so vor: Wo momentan noch Dieselloks ausgebaut werden, soll das Instandhaltungswerk in absehbarer Zeit zur Entwicklung von klimafreundlichen Antrieben mit ebenso klimafreundlichen Kraftstoffen beitragen. Dabei soll 3D-Druck zum Einsatz kommen. Die Beschäftigten sollen die alten Dieselmotoren der Loks in Antriebe mit Wasserstoff oder anderen umweltfreundlicheren Kraftstoffen umbauen.

„Die Erklärung haben wir jetzt, nun müssen wir sie mit Leben füllen.“

Manuel Freire Stelljes,
Betriebsratsvorsitzender des Bahnwerks

Momentan werden in Bremen nicht nur die Motoren der Loks der Deutschen Bahn ausgebaut. Hinzu kommen auch die Triebfahrzeuge von Bahnunternehmen unter anderem aus den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Schweden und Polen. Pofalla gab als Bahnvorstand zu, dass der Umgang mit dem Bremer Bahnwerk alles andere als eindeutig war. An Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), Mobilitätssenatorin Maika Schaefer (Grüne) und Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) gerichtet sagte er: „Das hat Ihnen als Senatoren in den letzten Jahren viel Kopfzerbrechen bereitet. Da gibt es nichts dran herumzureden.“

Das Werk ist eines der zwölf Bahninstandhaltungsstätten, die in der Bundesrepublik übrig geblieben sind. Vor Jahrzehnten gab es mehr als 60 dieser Werke. Doch über die Jahre hat die Deutsche Bundesbahn und dann später die Deutsche Bahn die Zahl dieser Werkstätten reduziert. Um beispielsweise ihr Werk zu retten, traten im Rheinland am Standort Leverkusen-Opladen Mitarbeiter in den Hungerstreik. Die Aktion damals erzeugte ein großes Medienecho. Doch die Bahn ließ sich von ihren Plänen nicht abbringen.

Auch am Standort in Sebaldsbrück, der mehr als 100 Jahre alt ist, waren es einst 500 Beschäftigte – zusammen mit der Lokhalle. Darauf machte Bürgermeister Bovenschulte in seiner Rede aufmerksam, dass auch das nicht unvergessen bleibe „in der wechselvollen Geschichte“. Heute sind es noch 300 Beschäftigte. Sie sollen nun mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass die Bahn schneller klimaneutral wird. Bremen soll mit seinen For-



Sie und ihre Kollegen sollen im Bremer Bahnwerk die Züge auf alternative Antriebe umstellen.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

schungsinstituten und seiner Hochschullandschaft dem Bahnwerk mit entsprechendem Wissen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Pofalla ergänzte: „Dafür wird Bremen gegebenenfalls Fördermittel bereitstellen.“ Für Fördermittel seitens des Bundes und der Europäischen Union ist eine Kooperation von Unternehmen und Forschungseinrichtungen von Vorteil. Denn viele Fördertöpfe schreiben eine derartige Zusammenarbeit vor.

Das Konzept für die Ausrichtung des Bahnwerks auf alternative Antriebe hatte der Betriebsrat erarbeitet. Wirtschaftsministerin

Vogt dankte in ihrer Rede ausdrücklich den Kollegen dafür, dass sie sich so eingebracht hatten. Vom Werksleiter war zu hören, dass in diesem Jahr noch 20 weitere Mitarbeiter eingestellt werden. Dass die Beschäftigten in den Bahnwerken in den kommenden Jahren nicht um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, begründete Infrastrukturvorstand Pofalla dem WESER-KURIER so: „Wir investieren Milliarden in neue Fahrzeuge. So verdoppeln wir beispielsweise bis Mitte 2025 die Zahl der ICE-Züge. Das gilt aber für alle Fahrzeugflotten gleichermaßen. Deshalb ist die Kapazität, die wir in den Instandhaltungs-

werken benötigen, gewachsen – gegenüber Berechnungen, die noch vor fünf Jahren vorgenommen wurden.“

Im Oktober 2016 fürchteten die damals 420 Beschäftigten noch um den Standort. Nach der Hiobsbotschaft schaltete sich der damalige Wirtschaftsminister Martin Günthner (SPD) ein, um die Beschäftigten zu unterstützen. Am Ende wurden 120 Arbeitsplätze abgebaut.

Nun hat das Bahnwerk wieder eine Zukunft, spätestens ab 2025 soll es zu 100 Prozent mit Ökostrom arbeiten. Den Dampf für die Arbeit produziert das Werk übrigens selbst. Pofalla gab zum Schluss den Beschäftigten ein indirektes Kompliment: „Durch die zuverlässige Instandhaltung in Bremen bringen wir unsere Züge noch schneller zurück auf die Schiene.“

Als der Besuch Sebaldsbrück schließlich verlassen hatte, konnten die Beschäftigten auch wieder regulär arbeiten. Denn das bedeutet auch Lärm, und der sollte vermieden werden, so lange Bahnvorstand und Senat zur Unterzeichnung der Absichtserklärung in den Reparaturhallen waren. Nach dem Werksbesuch ging es für Pofalla weiter ins Rathaus. Dort sollten weitere Gespräche mit Regierungsvertretern stattfinden.

Weniger Lärm und mehr Sicherheit bei der Bahn

Mehr Klimaschutz, mehr Sicherheit, weniger Lärm – all das will die Deutsche Bahn mit neuen digitalen Tests unter realen Bedingungen erforschen. Ein sogenanntes offenes digitales Testfeld soll am Dienstag in Cottbus im Beisein von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), dem DB-Netz-Vorstandschef Frank Sennhenn und Brandenburgs Verkehrsminister Guido Beermann (CDU) an den Start gehen. Auf dem bestehenden Streckennetz soll nach Angaben aus dem Bundesverkehrsministerium etwa das autonome Fahren er-

probt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Erprobung neuer Lärmschutzsysteme, dafür wird das Lärm-Lab 21 eingerichtet. Union und SPD hatten 2018 im Koalitionsvertrag ein solches Pilotprojekt vereinbart, um in lärmbelasteten Regionen ein Verfahren für mehr Lärmschutz zu testen. Nach Angaben des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung (DZSF) soll das Testfeld zwischen Halle an der Saale, Cottbus und Niesky in Sachsen, Brandenburg und Sachsen ein Netz von 350 Kilometern umfassen. FLS

Spediteure verzichten auf Großbritannien-Geschäft

Die neuen Zollvorgaben nach dem Brexit erhöhen den Aufwand und das Risiko für Transportunternehmen

VON BENEDIKT VON IMHOFF

London/Berlin. Wegen der neuen Zollvorgaben verzichten viele Spediteure seit dem Brexit auf das Geschäft mit Großbritannien. Nur Unternehmen mit jahrelanger Expertise würden noch fahren, sagte Dirk Engelhardt, Vorstandssprecher des Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL). „Transportlogistikunternehmen, die nicht regelmäßig Ziele im Vereinigten Königreich ansteuern und ihre Expertise eher im Intra-EU-Bereich sehen, scheuen den zusätzlichen Aufwand und die Risiken für Transporte nach und aus dem neuen Drittland.“

Großbritannien ist zum 1. Januar 2021 auch aus der EU-Zollunion und dem Binnenmarkt ausgetreten. Zwar gelang in letzter Minute noch die Einigung auf ein Handelsabkommen. Dennoch werden für viele Waren nun Zölle fällig, der bürokratische Aufwand etwa bei der Warenanmeldung oder wegen Arbeitsvisa für Fahrer ist deutlich gestiegen.

Die komplexe neue Vorschriftenlage mache Großbritannien als „Gelegenheitsziel“ unattraktiv, sagte Engelhardt. Die Konsequenzen würde vor allem das Vereinigte Königreich zu spüren bekommen. Der BGL-Chef forderte sogenannte green lanes („Grüne Fahr-

bahnen“) zwischen der EU und Großbritannien, um schnellen und freien Warenverkehr zu ermöglichen.

Auch der Bundesverband Spedition und Logistik (DSLVL) berichtet von Problemen im Lieferverkehr mit Großbritannien. So fehle in Deutschland und anderen EU-Staaten sowie im Vereinigten Königreich weiterhin qualifiziertes Personal für die Zollabwicklung von Sendungen, teilte der Branchenverband mit. Zwar hätten sich die Zollprozesse

soweit eingespielt. Akut bereite der drastische Anstieg unerledigter Ausfuhrverfahren aber Probleme.

Viele Lastwagen gelangten unkontrolliert und damit ohne Erhalt einer Ausgangsbestätigung nach Großbritannien, sagte Jutta Knell, stellvertretende DSLVL-Hauptgeschäftsführerin. Folge: Deutschen Exporteuren fehlt der zoll- und umsatzsteuerliche Nachweis über die Ausfuhr. Zudem hake es beim Export über Frankreich. Grund seien

technische Defizite und fehlerhafte Anwendungen des dortigen IT-Verfahrens. „Als Konsequenz erwägen deutsche Logistiker bereits die Verlagerung ihrer Verkehre über niederländische Häfen, da die dortige Exportabwicklung nicht so fehleranfällig ist“, sagte Knell.

In Großbritannien haben der Brexit und die Corona-Pandemie die Lage deutlich erschwert. Dort fehlen nach Branchenangaben bis zu 100.000 Lastwagenfahrer, etwa weil Arbeitskräften aus Osteuropa seit dem Brexit die Visa zu teuer sind. Als erste Maßnahme hat die britische Regierung die Ruhezeiten gelockert – trotz scharfer Kritik der Branche.

Den europäischen Spediteuren kommt die Brexit-Lücke in Großbritannien aber nicht zugute. „Der grassierende Lkw-Fahrermangel hat ganz Europa fest im Griff“, sagte Engelhardt. Der BGL geht allein in Deutschland von 45.000 bis 60.000 fehlenden Fahrern aus. 30.000 Lkw-Fahrer gingen pro Jahr in den Ruhestand, doch wurden zuletzt nur 15.000 bis 20.000 Lkw-Führerscheine jährlich neu erworben. Die Lücke dürfte daher größer werden, sagte Engelhardt. Wenn nicht bald gegen den Mangel vorgegangen werde, drohe ein Versorgungskollaps.



Die Dokumente eines Lastwagenfahrers werden von Eurotunnel-Mitarbeitern im englischen Folkestone kontrolliert. Wegen der neuen Zollvorgaben verzichten viele Spediteure seit dem Brexit auf das Geschäft mit Großbritannien.

FOTO: AUGSTEIN/AP/DPA

Senatorin zeichnet 29 Firmen aus

Familienfreundlichkeit im Blick

VON PETER HANUSCHKE

Bremen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat für Unternehmen in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen – gerade wenn es darum geht, einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten und sich für Fachkräfte interessant genug zu machen. Auch an anderer Stelle wird ein solches Engagement honoriert: Am Montag haben Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) und die Servicestelle Beruf und Familie von der RKW Bremen GmbH 29 Unternehmen und Institutionen aus dem Land Bremen für ihre familienfreundliche Unternehmenskultur mit dem Siegel „Ausgezeichnet Familienfreundlich“ geehrt.

„Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein Nischenthema, sondern ein zentrales Anliegen für mich, das wir weiter vorantreiben wollen und werden“, so Vogt, die Schirmherrin des Projekts ist. Das helfe nicht nur den Familien, sondern auch den Unternehmen, denn je diverser und familienfreundlicher sie aufgestellt seien, „desto innovativer sind sie auch.“ Vogt: „Dass wir in diesem Jahr – trotz Corona-Pandemie – 29 Unternehmen und Institutionen für eine familienfreundliche Unternehmenskultur auszeichnen können, ist ein sehr starkes Zeichen.“

Das Siegel gibt es seit acht Jahren

Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben sei ein wichtiger Bestandteil der Fachkräfteinitiative des Bremer Senats, denn Familienfreundlichkeit steigere die Attraktivität als Arbeitgeber, verbessere langfristig die Arbeitsbedingungen und motiviere die Mitarbeitenden, heißt es aus dem Wirtschaftsressort.

Das Siegel wird seit acht Jahren verliehen. Dieses Jahr wurden acht Unternehmen erstmals damit zertifiziert: artundweise GmbH, Carl Ed. Schünemann KG, Unternehmensgruppe Bähr Verpackungen, Metallbau Günter Majowski GmbH, Medical Helpline Worldwide GmbH, Pepper und Söhne GmbH, Profishop GmbH und die Vitakraft pet care GmbH.

Rezertifiziert wurden 21 Unternehmen und Institutionen: Bremer Aufbau-Bank, Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremer Straßenbahn AG, Bremische Schwesternschaft vom Roten Kreuz, Büsing, Müffelmann & Theye Rechtsanwälte in Partnerschaft mbB, FDP-Fraktion Bremen, Flughafen Bremen GmbH, HEC GmbH, Henry Lamotte Services GmbH, die Iben GmbH - Institut für Lebensmittel- und Umweltanalytik, die Kardiologisch-Angiologische Praxis, Netactive GmbH, Performa Nord, Polizei Bremen, die Senatorin für Kinder und Bildung, die Team Neusta GmbH und die Zarm Technik AG.

UMFRAGE

Wachsender Optimismus in deutscher Wirtschaft

Köln. Angesichts deutlich gesunkener Corona-Inzidenzzahlen und steigender Impfquoten wächst der Optimismus in der deutschen Wirtschaft. „Erstmals seit Beginn der Pandemie schauen die meisten Unternehmen richtig zuversichtlich auf das laufende Jahr“, fasste das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) am Montag in Köln das Ergebnis seiner jüngsten Konjunkturumfrage zusammen. Gut die Hälfte (51 Prozent) der 2000 befragten Unternehmen rechnet demnach für das laufende Jahr mit einer höheren Produktion als im Krisenjahr 2020. Rund 43 Prozent der Unternehmen wollen mehr Beschäftigte einstellen als im vergangenen Jahr, rund 42 Prozent wollen mehr investieren. DPA

HOMEOFFICE-QUOTE SINKT

Mehr Beschäftigte arbeiten wieder im Büro

München. Eine steigende Zahl von Beschäftigten in Deutschland arbeitet wieder im Büro und nicht mehr in der eigenen Wohnung. Im Juni ist der Anteil der Beschäftigten, die zumindest zeitweise im Homeoffice tätig sind, von 31 auf 28,4 Prozent gefallen. Das schätzt das Münchner Ifo-Institut in einer am Montag veröffentlichten Meldung. Im Juni waren die Arbeitgeber noch verpflichtet, ihre Beschäftigten daheim arbeiten zu lassen, wenn diese das wollten. Im Juli gilt diese Pflicht nicht mehr. DPA